

Stadtratsfraktion
BÜNDNIS 90/Die Grünen
Nürnberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Rathausplatz 2 90317 Nürnberg

Stadtrat Nürnberg
z. H. Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

90317 Nürnberg

Rathausplatz 2
90317 Nürnberg

Telefon: 0911/ 231-5091
Telefax: 0911 / 231-2930
e-Mail: gruene@stadt.nuernberg.de

27.07.2005

SchulAlpha Integriert

OBERBÜRGERMEISTER		
29. JULI 2005		
IV	1 Zur Kl.	3 Zur Stellungnahme
V	2 Kl.	4 Antwort vor Absendung vorliegen
		5 Antwort zur Übersetzung vorliegen

Zurückstellung ausländischer Schüler wegen mangelnder Deutschkenntnisse

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die bayerische Staatsregierung beabsichtigt, ausländische Kinder von der Einschulung zurückzustellen, falls sie keine „ausreichenden Deutschkenntnisse“ vorweisen können. Gleichzeitig sollen Sprachdiagnose und Sprachförderung im Kindergarten vorgezogen werden. Letzteres ist sicherlich ein richtiger Schritt, um Defizite frühzeitig zu erkennen und gezielt abzubauen. Dennoch besteht die Gefahr, dass ein „Einschulungsverbot“ an der falschen Stelle ansetzt und eine weitere, unnötige Barriere aufbaut. Der Presse (NZ vom 09.07.2005) war zu entnehmen, dass jedes 5. Kind Sprachprobleme hat. Trotz PISA-Erfolgen sind Kinder aus Migrationsfamilien in Bayern in Schule und Ausbildung nach wie vor stark benachteiligt, was auch eine soziale Komponente hat! Schüler aus sozial schwachen Schichten haben generell kaum Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen.

Sprachprobleme als Hemmnisse für erfolgreiche Schul- und Ausbildung gibt es auch bei deutschen Kindern. Eine Verweigerung der Einschulung erfolgt aber nur bei Kindern ausländischer Herkunft. Dies wird sicherlich als Diskriminierung empfunden und widerspricht dem Gleichbehandlungsgrundsatz, unabhängig davon, ob diese Maßnahme überhaupt sinnvoll ist.

Die Einführung der Sprachförderkurse soll – ebenfalls laut Presseberichten (SZ vom 13.07.2005) – bereits ab Herbst 2005 als flächendeckendes, freiwilliges Angebot erfolgen. 160 Stunden Deutschunterricht im letzten Kindergartenjahr sollen je zur Hälfte von ErzieherInnen und GrundschullehrerInnen erbracht werden. Ob dies in dieser Form praktikabel ist – z.B. sind ErzieherInnen dafür nicht ausgebildet – und ob ausreichend Zeit, Platz, Personal und Geld vorhanden ist, muss bezweifelt werden.

Wir beantragen daher eine Bericht zur Behandlung im Jugendhilfe- und Schulausschuss sowie der Integrationskommission, der insbesondere folgende Fragen beantworten sollte:

- Ab wann soll die Regelung gelten?
- Was passiert mit den zurückgestellten Kindern? Stehen überhaupt entsprechende Kindergartenplätze und Personal für die Sprachkurse zur Verfügung?

- Welche Förderung sollen sie erhalten? Reicht das Modell „Deutsch 160“ dafür aus oder gibt es weitere Überlegungen?
- Wie werden Kinder, die vorher keinen Kindergarten besucht haben, behandelt?
- Welche Kosten sind mit den Maßnahmen verbunden?
- Werden die Kosten im Sinne des Konnexitätsprinzips vom Land übernommen?
- Wie weit ist das vom Amt für Volksschulen und Förderschulen angedachte Modellprojekt einer „Starterklasse“ gediehen?

Mit freundlichen Grüßen

Hiltrud Gödelmann

Hiltrud Gödelmann